

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 10. März 1982

am Donnerstag, dem 11. März 1982

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Biehle (CDU/CSU)	18, 27	Herberholz (SPD)	20, 21
Frau Blunck (SPD)	61, 62	Hinsken (CDU/CSU)	22, 43
Böhm (Melsungen) (CDU/CSU)	74	Hölscher (FDP)	10, 11
Börnsen (SPD)	115	Horstmeier (CDU/CSU)	14
Brunner (CDU/CSU)	80, 81	Dr. Hupka (CDU/CSU)	71, 72
Bühler (Bruchsal) (CDU/CSU)	34, 35	Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	76, 119
Dr. Bugl (CDU/CSU)	89, 90	Dr. Jahn (Münster) (CDU/CSU)	49, 57
Catenhusen (SPD)	85, 86	Dr. Jenninger (CDU/CSU)	63, 64
Clemens (CDU/CSU)	1, 2	Jung (Lörrach) (CDU/CSU)	101
Dr. Czaja (CDU/CSU)	105, 106	Kalisch (CDU/CSU)	67, 68
Dallmeyer (CDU/CSU)	75	Dr.-Ing. Kansy (CDU/CSU)	50
Daweke (CDU/CSU)	7	Kirschner (SPD)	5, 6
Dörflinger (CDU/CSU)	65, 112	Dr. Klejdzinski (SPD)	36, 37
Dolata (CDU/CSU)	28, 29	Kroll-Schlüter (CDU/CSU)	110, 111
Dr. Dollinger (CDU/CSU)	47, 48	Dr. Laufs (CDU/CSU)	83, 84
Eigen (CDU/CSU)	107, 114	Lennartz (SPD)	23, 24
Fiebig (SPD)	12, 13	Frau Dr. Lepsius (SPD)	15, 25
Dr. Friedmann (CDU/CSU)	42, 104	Linsmeier (CDU/CSU)	46, 52
Dr. George (CDU/CSU)	96, 97	Magin (CDU/CSU)	55, 56
Gerster (Mainz) (CDU/CSU)	32, 33	Milz (CDU/CSU)	78, 79
Grunenberg (SPD)	38, 39	Dr. Möller (CDU/CSU)	53, 59
Dr. Hackel (CDU/CSU)	26, 103	Müller (Wesseling) (CDU/CSU)	87, 88
Dr. Häfele (CDU/CSU)	93, 94	Niegel (CDU/CSU)	102
Dr. Hennig (CDU/CSU)	69, 70	Frau Pack (CDU/CSU)	51

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Rapp (Göppingen) (SPD)	66, 113	Stutzer (CDU/CSU)	17, 116
Frau Roitzsch (CDU/CSU)	58	Thüsing (SPD)	19
Dr. Rose (CDU/CSU)	109	Tillmann (CDU/CSU)	77
Rossmann (CDU/CSU)	16, 73	Vogt (Düren) (CDU/CSU)	92
Schlatter (SPD)	122, 123	Dr. Voss (CDU/CSU)	117, 118
Schmidt (München) (SPD)	98, 99	Graf von Waldburg-Zeil (CDU/CSU)	4
Freiherr von Schorlemer (CDU/CSU)	8, 9	Dr. Warnke (CDU/CSU)	124, 125
Schulze (Berlin) (CDU/CSU)	120, 121	Dr. von Wartenberg (CDU/CSU)	95
Graf von Stauffenberg (CDU/CSU)	60	Weirich (CDU/CSU)	3, 82
Dr. Stavenhagen (CDU/CSU)	100	Werner (CDU/CSU)	91, 108
Stiegler (SPD)	44, 45	Wiefel (SPD)	30, 31
Straßmeir (CDU/CSU)	40, 41	Zierer (CDU/CSU)	54

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	10
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	11
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	11
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	13
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	15
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	17
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	18
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	19

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter
Clemens
(CDU/CSU) Welche Vorarbeiten hat die Bundesregierung bisher zur Vereinheitlichung und zur Bereinigung des in unzählige Vorschriften zersplitterten Mietrechts entsprechend dem einstimmigen Beschluß des Bundestages vom 17. Oktober 1974 durchgeführt?
2. Abgeordneter
Clemens
(CDU/CSU) Ist es richtig, daß die Arbeiten der Bundesregierung an einem Vorentwurf zur Ausdehnung der Gefährdungshaftung nicht mit Nachdruck betrieben werden und dadurch der für Mitte dieses Jahrs angekündigte Referentenentwurf noch nicht vorgelegt werden kann?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

3. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU) Treffen Informationen zu, daß der Start des deutsch-französischen Rundfunksatelliten jetzt erst für den April 1985 vorgesehen ist?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

4. Abgeordneter
Graf von
Waldburg-Zeil
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung die als Schüler-BAföG geleisteten Zahlungen mehr als Ausgleich zu den an einen Auszubildenden gezahlten Vergütungen an den jeweiligen Schüler oder mehr als Zuschuß zum Familieneinkommen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

5. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Wie hoch ist die derzeitige Beschäftigungsquote der Schwerbehinderten beim Bund (prozentual und in absoluten Zahlen)?
6. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Sind der Bundesregierung die entsprechenden prozentualen Zahlen bei den einzelnen Bundesländerverwaltungen bekannt?
7. Abgeordnete
Daweke
(CDU/CSU) Welche statistischen Zahlen liegen der Bundesregierung bezüglich der Zahl der Schwerbehinderten, aufgeschlüsselt nach MdE-Gruppen, für das Jahr 1981 vor?
8. Abgeordneter
Freiherr von
Schorlemer
(CDU/CSU) Wie hoch sind die Bundeszuschüsse in Prozent und absoluten Zahlen für Renten und rentenähnliche Zahlungen bei der Knappschaftsversicherung an Beschäftigte im Bergbau in den letzten fünf Jahren?

- | | |
|--|---|
| 9. Abgeordneter
Freiherr von
Schorlemer
(CDU/CSU) | Beabsichtigt die Bundesregierung, ähnlich wie bei der Altershilfe für Landwirte, Kürzungen des Bundeszuschusses vorzunehmen und zu welchem Zeitpunkt? |
| 10. Abgeordneter
Hölscher
(FDP) | Wie hoch ist der Anteil der derzeit im Bundesgebiet arbeitenden Werkvertragsarbeitnehmer, insbesondere aus Staatshandelsländern, und entspricht dieser Anteil den mit den Staatshandelsländern vereinbarten Höchstzahlen? |
| 11. Abgeordneter
Hölscher
(FDP) | Wie beurteilt die Bundesregierung den Abschluß von Werkverträgen zwischen deutschen Unternehmen und Unternehmen aus Staatshandelsländern im Zusammenhang mit dem Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer und den steigenden Arbeitslosenzahlen im Baugewerbe, und treffen Informationen der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden zu, wonach in vielen Fällen deutsche Auftragnehmer Bauaufträge nicht mit den bei ihnen beschäftigten Arbeitnehmern ausführen, sondern an Subunternehmer aus Staatshandelsländern weitergeben mit der Folge, daß die firmenangehörigen Arbeitnehmer arbeitslos werden? |
| 12. Abgeordneter
Fiebig
(SPD) | Haben nach Ansicht der Bundesregierung die vom Weltärztebund in Lissabon deklarierten Patientenrechte auch für die Bundesrepublik Deutschland uneingeschränkt Geltung, oder wird eine Einschränkung dieser Rechte für zweckmäßig bzw. notwendig gehalten? |
| 13. Abgeordneter
Fiebig
(SPD) | Welche Rechtsvorschriften der Rentenversicherungsordnung widersprechen nach Ansicht der Bundesregierung der uneingeschränkten Verwirklichung der vom Weltärztebund in Lissabon deklarierten Grundrechte der Patienten? |
| 14. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) | Wie hoch schätzt die Bundesregierung das Aufkommen aus dem durch das Beschäftigungsförderungsgesetz neu zu schaffenden § 67 c des Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte, und wie hoch wird der Verwaltungsaufwand sein, um dieses Aufkommen zu erzielen? |
| 15. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD) | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, im Rahmen der Bundesanstalt für Arbeit darauf hinzuwirken, daß ausländischen Arbeitnehmern und asylsuchenden Arbeitnehmern Arbeitsplätze unter Berufung auf § 19 Abs. 1 des Arbeitsförderungsgesetzes nicht über Nacht gekündigt und keinerlei Rücksicht auf persönliche Verhältnisse genommen wird, wie z. B. bei einer türkischen Familie in Rastatt mit elf Kindern? |
| 16. Abgeordneter
Rossmann
(CDU/CSU) | Kann die Bundesregierung bestätigen, daß bei den Arbeitsämtern der Bundesanstalt für Arbeit Fachkräfte der Berufsberatung (Berufsberater und Ausbildungsstellenvermittler) von ihrer eigentlichen Aufgabe abgezogen und zur Berechnung von Arbeitslosengeld herangezogen werden, und falls ja, an welche Maßnahmen wird gedacht, dies abzustellen? |

17. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Wieviel Stellen sind in der Arbeitsvermittlung, Arbeitsberatung und Berufsberatung derzeit nicht besetzt (wegen vorübergehender Umsetzung oder aus anderen Gründen), und welche Auswirkungen hat der Personalengpaß in diesen Fachdiensten auf den Außendienst (wie z. B. Betriebsbesuche), der nach Auffassung der Bundesanstalt für Arbeit im Interesse der Arbeits- und Ausbildungsplatzvermittlung erforderlich ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

18. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung französische und britische nukleare Waffen oder die Stationierung von amerikanischen Raketen in Mitteleuropa, die sowjetisches Gebiet nicht erreichen können, für ein ausreichendes militärisches oder politisches Gegengewicht gegen eine Bedrohung durch sowjetische SS-20?
19. Abgeordneter
Thüsing
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung veranlaßt, Einheiten der Bundeswehr an Manövern in der Karibik teilnehmen zu lassen?
20. Abgeordneter
Herberholz
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung für sinnvoll, die Auswirkungen eines elektromagnetischen Impulses (EMP) auf elektronische Bauteile und die mögliche Gefährdung der Zivilbevölkerung geheimzuhalten, während die Informationen zu diesem Problemkreis der Öffentlichkeit in den USA (vgl. u. a. Science News June 6, 1981, S. 359) weitgehend zugänglich sind und auch schon den amerikanischen Kongreß beschäftigten?
21. Abgeordneter
Herberholz
(SPD)
- Welche Dienststellen der Bundesregierung beschäftigen sich mit der Erforschung der EMP-Auswirkungen, und welche Geldmittel wurden bisher für die Forschungstätigkeit zur Verfügung gestellt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

22. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Wie hoch waren die finanziellen Leistungen des Staats für die Sozialhilfeempfänger der Altersgruppe 18 bis 25jähriger in den Jahren 1979, 1980 und 1981, und welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, das Sozialhilferecht dahin gehend zu verschärfen, um Auswüchse zu verhindern?
23. Abgeordneter
Lennartz
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Medikamente (Tonnen) in der Bundesrepublik Deutschland jährlich verordnet werden, und wie hoch der mengenmäßige Anteil nicht verwendeter Medikamente ist, der den ordnungsgemäßen Weg zurück in die Apotheken geht?

24. Abgeordneter
Lennartz
(SPD) Welche Schritte gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um immer noch bestehende Mißbräuche in diesem Bereich, die zu ernststen zusätzlichen Umweltbelastungen führen, abzustellen?
25. Abgeordnete
Frau Dr. Lepsius
(SPD) Kann die Bundesregierung mitteilen, welche Maßnahmen gegen den Gebrauch von Formaldehyd ergriffen worden sind, nachdem gesundheitliche Schädigungen durch Formaldehyd in erheblichem Maß zugenommen haben, wie auch in einer Meldung der Badischen Neuesten Nachrichten vom 18. Februar 1982 „Schädliche Ausdünstungen machen Schüler krank, Ursache Formaldehyd“ unterstrichen worden ist?
26. Abgeordneter
Dr. Hackel
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, bei der Novellierung des Jugendschutzgesetzes auch eine amtliche Begrenzung des Lärmpegels in Diskotheken einzuführen, und welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung gegebenenfalls vor, die eine solche Begrenzung notwendig und für Besucher, Angestellte sowie Inhaber von Diskotheken als wünschenswert erscheinen lassen.

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

27. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung die Anregung aufgegriffen, wonach auch den Soldaten der Bundeswehr, soweit diese in Ausübung des Wehrdienstes eine körperliche Schädigung mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um mindestens 70 v. H. erlitten haben, die Möglichkeit eingeräumt werden sollte, mit einem Fahrausweis der zweiten Klasse die erste Wagenklasse der Deutschen Bundesbahn zu benutzen, und falls ja, zu welchem Zeitpunkt wird diese Vergünstigung, die bereits von Kriegsbeschädigten und Verfolgten des Naziregimes in Anspruch genommen werden kann, dem genannten Personenkreis gewährt?
28. Abgeordneter
Dolata
(CDU/CSU) Sind der Bundesregierung die Angebote der Deutschen Bundesbahn bekannt, wonach Beamte und Angestellte öffentlicher Einrichtungen und Behörden innerhalb ihrer Arbeitszeit zu Mittagessen bzw. ganztägigen Fahrten in bekannte Erholungsgebiete (z. B. Sylt/Westerland) eingeladen werden?
29. Abgeordneter
Dolata
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung solche Angebote einer öffentlichen Einrichtung an andere öffentliche Einrichtungen und Behörden für sinnvoll, und wenn ja, warum?
30. Abgeordneter
Wiefel
(SPD) Wie konnte es nach Auffassung der Bundesregierung zu der Beinahe-Katastrophe, der Kollision zwischen einem Jumbo-Jet der Deutschen Lufthansa und einem „Follow-me-Fahrzeug“ kommen, obwohl der Flughafen Frankfurt am Main bekanntermaßen mit optimalen flugsicherungs- und flugsicherheitstechnischen Geräten ausgestattet ist?

31. Abgeordneter **Wiefel** (SPD) Zeigt die Überlegung der Bundesanstalt für Flugsicherung, den Funkverkehr neu zu regeln, an, daß auf diesem Sektor etwas noch nicht klar geregelt war?
32. Abgeordneter **Gerster** (Mainz) (CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, in ihrem gerade verkündeten Radwegeprogramm, das bis zum Jahr 1990 ein neues Radwegenetz von 3 000 km Länge bringen soll, einem neuen Radweg am Rhein entlang von Mainz über Ingelheim nach Bingen eine besondere Priorität einzuräumen, und bis wann könnte dieser Radwegebau gegebenenfalls realisiert werden?
33. Abgeordneter **Gerster** (Mainz) (CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß dieser Radweg auch deshalb eine vorrangige Förderung durch den Bund verdient, weil der frühere Radweg entlang der alten B 9 durch den Bau der Autobahn A 60 und damit durch eine Baumaßnahme des Bundes ersatzlos beseitigt wurde?
34. Abgeordneter **Bühler** (Bruchsal) (CDU/CSU) Wie will die Bundesregierung das 700 Millionen DM Sonderprogramm für Radwege finanzieren?
35. Abgeordneter **Bühler** (Bruchsal) (CDU/CSU) In welchem Umfang sind die Radwege des Sonderprogramms bereits in den Maßnahmen der neuen Baustufe I a der Fernstraßenbauplanung enthalten und kostenmäßig berücksichtigt?
36. Abgeordneter **Dr. Klejdzinski** (SPD) Trifft es zu, daß — wie aus dem Jahresbericht des Verbands der Automobilindustrie (79/80, S. 42) hervorgeht — in der Rangskala der störenden Lärmquellen das Motorrad/Moped weit vorne liegt, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diese erkannte Lärmquelle durch bauliche Vorkehrungen erheblich zu reduzieren?
37. Abgeordneter **Dr. Klejdzinski** (SPD) Wie ist gegenwärtig der Stand der Forschung und Produktionstechnik in der Bundesrepublik Deutschland, lärmarme Motorräder/Mopeds/Mofas zu bauen, im Vergleich zu anderen Staaten, z. B. Japan?
38. Abgeordneter **Grunenberg** (SPD) Welchen Stand hat die Entwicklung des kentersicheren, geschlossenen Rettungsboots der Zukunft, und beabsichtigt die Bundesregierung, für den Einsatz eines solchen Rettungsboots nationale Regelungen zu erlassen?
39. Abgeordneter **Grunenberg** (SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß auf der ehemaligen Kuhr-Werft in Bremerhaven bereits vor 24 Jahren ein kentersicheres geschlossenes Rettungsboot entwickelt und gebaut worden ist mit einem Absatzmarkt vor allem in der Sowjetunion, das dem heute gewünschten Standard entspricht, und würde die Bundesregierung gegebenenfalls diesen Bootstyp in ihre Überlegungen mit einbeziehen?
40. Abgeordneter **Straßmeir** (CDU/CSU) Was veranlaßt den Bundesverkehrsminister, in seiner Verkehrssicherheitspolitik von der sogenannten Positivwerbung, die von allen Institutionen im Bereich der Verkehrssicherheit gemeinsam getragen wird, abzurücken und derzeit für ca. 1 Million DM eine auf Schockwirkung angelegte Verkehrssicherheitskampagne vorzubereiten?

41. Abgeordneter
Straßmeir
(CDU/CSU) Warum wartet der Bundesverkehrsminister nicht die Untersuchungsergebnisse und Vorschläge der von ihm eingesetzten „Kommission für Verkehrssicherheit“ ab, bevor er die bisher von den Institutionen der Verkehrssicherheitsarbeit gemeinsam durchgeführte Verkehrssicherheitspolitik in Frage stellt?
42. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Warum haben Bundesverkehrsminister Dr. Hauff und Staatssekretär Ruhnau im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages am 8. Oktober 1981 gemeinsam und nachdrücklich erklärt, daß nicht daran gedacht sei, Herrn Ruhnau zum Mitglied des Vorstands der Deutschen Lufthansa zu „machen“, obwohl zum damaligen Zeitpunkt bereits feste Weichenstellungen vorgenommen waren, die sich hinterher als zutreffend bestätigten?
43. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Wann ist damit zu rechnen, daß die Bundesbahnstrecke Nürnberg — Passau ABS 13 ausgebaut wird, welche Geschwindigkeit wird jetzt und nach Ausbau dort erreicht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

44. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Wieviel Behörden der Größenordnung des kürzlich neugeschaffenen Zentralamts für Zulassungen im Fernmeldewesen hat der Bundespostminister seit 1978 errichtet, und welche Standortentscheidungen sind dabei jeweils getroffen worden?
45. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Hat der Bundespostminister bei der Vorbereitung der Beschlußfassung über die Standorte der neugeschaffenen Behörden das Bundeskanzleramt, den Bundeswirtschaftsminister, den Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und den Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen entsprechend der Vereinbarung in der Staatssekretärbesprechung vom 9. Oktober 1978 beteiligt?
46. Abgeordneter
Linsmeier
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Deutsche Bundespost gemäß ihren Einlassungen im Hearing in der Enquete-Kommission Neue Informations- und Kommunikationstechniken nunmehr und entgegen den ursprünglichen Plänen der Bundesregierung während der prooperationellen Phase des TV-Satelliten keine Fernsehprogramme der ARD oder des ZDF an das breite Publikum abstrahlen will und nur den Kreisen, die an den technischen Messungen ein unmittelbares Interesse haben, die Genehmigung von Empfangseinrichtungen erteilen will?
47. Abgeordneter
Dr. Dollinger
(CDU/CSU) In welcher Höhe — aufgegliedert nach Jahren — hat die Deutsche Bundespost in den letzten fünf Jahren bis zum 1. März 1982 Kredite zur Finanzierung ihres Haushalts im Ausland aufgenommen?

48. Abgeordneter
Dr. Dollinger
(CDU/CSU)
- Sind für 1982 weitere Kreditaufnahmen im Ausland bereits vereinbart, bzw. in welcher Höhe beabsichtigt die Deutsche Bundespost, im Jahr 1982 Kredite im Ausland aufzunehmen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

49. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Äußerungen von Bundesbauminister Dr. Haack in einem Interview gegenüber der Neuen Osnabrücker Zeitung, „falls in etwa zwei Jahren festgestellt werden sollte, daß durch die Änderungen im Mietrecht nicht zusätzlich freifinanzierte Wohnungen geschaffen worden seien, müsse der Themenkomplex neu behandelt werden“?
50. Abgeordneter
Dr.-Ing. Kansy
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung darlegen, welche Motive Bundesbauminister Dr. Haack bewogen haben, in einem Interview gegenüber der Neuen Osnabrücker Zeitung zu äußern, „falls in etwa zwei Jahren festgestellt werden sollte, daß durch die Änderungen im Mietrecht nicht zusätzlich freifinanzierte Wohnungen geschaffen worden seien, müsse der Themenkomplex neu behandelt werden“?
51. Abgeordnete
Frau Pack
(CDU/CSU)
- Wie will die Bundesregierung den Verdacht entkräften, daß durch die Äußerung von Bundesbauminister Dr. Haack die Wirksamkeit von Kabinettsbeschlüssen angezweifelt wird, für die der Bundeskanzler eigens die Vertrauensfrage gestellt hat?
52. Abgeordneter
Linsmeier
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Äußerung von Bundesbauminister Dr. Haack geeignet ist, neue Unsicherheit bei den Investoren im Mietwohnungsbau zu schaffen?
53. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen ist nach Mitteilung von Regierungssprecher Becker Bundesbauminister Dr. Haack „unglücklich über die öffentliche Darstellung seiner Äußerungen, die er inzwischen in einem Brief an FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher klar gestellt habe“?
54. Abgeordneter
Zierer
(CDU/CSU)
- Warum ist es nach Mitteilung von Regierungssprecher Becker für den Bundesbauminister „selbstverständlich“, daß die Kabinettsbeschlüsse zum Mietrecht „nach einigen Jahren kritisch daraufhin zu überprüfen seien, ob sich die darin gesetzten Erwartungen erfüllten“?
55. Abgeordneter
Magin
(CDU/CSU)
- Führen die Kabinettsbeschlüsse der Bundesregierung zum Mietrecht zu einem unsozialen Anstieg der Mieten?
56. Abgeordneter
Magin
(CDU/CSU)
- Wie lassen sich die Äußerungen von Bundesbauminister Dr. Haack in der Neuen Osnabrücker Zeitung, „falls in etwa zwei Jahren festgestellt werden sollte, daß durch die Änderungen im Mietrecht nicht zusätzlich freifinanzierte Wohnungen geschaffen worden seien, müsse der Themenkomplex neu behandelt werden“ und die Ausführungen

von Bundesminister Genscher in einem Interview gegenüber der Bild-Zeitung, „wer das Beschäftigungsprogramm zerredet, der zerredet Arbeitsplätze und zerredet auch diese Koalition“, vereinbaren?

57. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU)
- Hat der Bundeskanzler die Ausführungen von Bundesbauminister Dr. Haack (Neue Osnabrücker Zeitung) sich dadurch zu eigen gemacht, daß er zu der vorgesehenen Lockerung des Mietrechts nach der SPD-Präsidiumssitzung in Hannover erklärte, „es werde in einigen Jahren zu überprüfen sein, ob dies tatsächlich zu zusätzlichen Investitionen in der Bauwirtschaft geführt habe“?
58. Abgeordnete
Frau
Roitzsch
(CDU/CSU)
- Wie hoch werden die „erheblichen Mehraufwendungen für Wohngeld“ (so amtliche Begründung des Entwurfs zum Beschäftigungsförderungsgesetz, Drucksache 9/1400) für Rentnerhaushalte zu beziffern sein, die durch die von der Bundesregierung vorgesehene Beteiligung der Rentner an den Kosten ihrer Krankenversicherung eintreten werden, sofern das Wohngeldgesetz nicht erneut geändert wird?
59. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CSU)
- Wann wird die Bundesregierung den von ihr für erforderlich gehaltenen Entwurf zum Wohngeldgesetz vorlegen, der den Rentnern „das zusätzliche Wohngeld“ als Folge der Belastung durch ihren Beitrag zur Krankenversicherung wieder entziehen soll (vergleiche Drucksache 9/1400)?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

60. Abgeordneter
Graf von
Stauffenberg
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß Bundeskanzler Schmidt bei der Pressekonferenz am 25. Februar 1982 in Paris die „Väter“ des deutsch-französischen Vertrags, Jean Monnet, Robert Schumann und Pierre Mendès-France, nannte und in diesem Zusammenhang die Namen Konrad Adenauer und Charles de Gaulle verschwieg?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

61. Abgeordnete
Frau
Blunck
(SPD)
- Welche Gründe haben die Bundesregierung veranlaßt, in die Bundesrepublik Deutschland einreisenden Mitgliedern des polnischen Parlaments sowohl zeitliche wie räumliche Aufenthaltsbeschränkungen aufzuerlegen?
62. Abgeordnete
Frau
Blunck
(SPD)
- Ist die Bundesregierung nach Einschränkung der Bewegungsfreiheit für polnische und sowjetische Diplomaten bereit, vergleichbare Sanktionen auch auf Diplomaten solcher Staaten auszudehnen, in denen ebenfalls Kriegsrecht herrscht, bzw. deren Regierungen bei der Verhängung von Kriegsrecht oder ähnlichen Maßnahmen in anderen Ländern initierend oder unterstützend tätig geworden sind?

63. Abgeordneter
Dr. Jenninger
(CDU/CSU) Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung zunächst einer Gruppe sowjetischer Staatsbürger — darunter das Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjet, Walentina Tereschkowa, und der Vorsitzende des sowjetischen Jugendverbands „Komsomol“, Boris Pastuchow — die Erteilung von Visen zum Besuch der Bundesrepublik Deutschland verweigert?
64. Abgeordneter
Dr. Jenninger
(CDU/CSU) Welche Gründe haben die Bundesregierung veranlaßt, diese Entscheidung rückgängig zu machen und den genannten Personen dann doch die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland zu gestatten?
65. Abgeordneter
Dörflinger
(CDU/CSU) Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus Untersuchungen, wonach zwischen 1974 und 1977 nicht weniger als 150 Universitäten in den USA aufgehört haben, Germanistik als Unterrichtsfach anzubieten sowie aus dem generell festzustellenden massiven Rückgang des Deutschunterrichts in den USA — verbunden mit einem mittlerweile „fast provinziellen Charakter“ des Germanistikstudiums an vielen amerikanischen Universitäten —, und beabsichtigt die Bundesregierung, Maßnahmen gegen diese bedenkliche Entwicklung in die Wege zu leiten?
66. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, auf die französische Regierung mit dem Ziel einzuwirken, der Vernichtung des Naturschutzgebiets Tauber-geßen Einhalt zu gebieten, und war die Bundesregierung diesbezüglich bereits tätig?
67. Abgeordneter
Kalisch
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die in den tschechoslowakischen Gefängnissen inhaftierten deutschen Staatsangehörigen über schlechte Verpflegung klagen?
68. Abgeordneter
Kalisch
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß diese Inhaftierten insbesondere von Erkrankungen betroffen sind, die auf Vitaminmangel zurückzuführen sind?
69. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die ihr vorliegenden Informationen über das Vorgehen der sandinistischen Regierung Nicaraguas gegen die Indio Stämme der Misquito, Sumo und Rama an der Atlantikküste dieses Landes, und ist sie bereit, auf diplomatischem Weg gegen diese Maßnahmen vorstellig zu werden?
70. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) In welchem Jahr gedenkt die Bundesregierung, in Mexiko-City einen Neubau für die jetzt äußerst unwürdig untergebrachte Botschaft der Bundesrepublik Deutschland auf dem längst vorhandenen Grundstück zu errichten, und welche Kosten sind dafür zu veranschlagen?
71. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Welche Auskunft über die Ausreise ausreisewilliger Deutscher gemäß der „Information“ zum Warschauer Vertrag und der „Offenhalteklausele“ im Ausreiseprotokoll hat inzwischen die Bundesregierung von der polnischen Militärregierung erhalten, nachdem der Bundesaußenminister die seit dem 13. Dezember 1981 verhängte Annahmesperre für Ausreiseanträge dem stellvertretenden polnischen Ministerpräsidenten am 30. Dezember 1981 in Bonn vorgehalten hatte?

72. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Sind die seit dem 13. Dezember 1981 von der Militärregierung in der Volksrepublik Polen verordneten Beschränkungen der Handlungsfähigkeit der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland inzwischen aufgehoben, oder gibt es immer noch Behinderungen und worin bestehen diese?
73. Abgeordneter
Rossmann
(CDU/CSU) Treffen Meldungen zu, daß die Ausreise von deutschstämmigen Bürgern aus Rumänien (z. B. Siebenbürgen) Seitens der rumänischen Behörden von einer Zahlung von 6 000 DM abhängig gemacht wird?
74. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) In welcher Weise wird entsprechend der Resolution des Europäischen Parlaments vom 17. November 1981 in der Bundesrepublik Deutschland der 21. März 1982 als „Afghanistan-Tag“ begangen, um dem Wunsch der freien Völker Europas nach einem freien unabhängigen Afghanistan Nachdruck zu verleihen?
75. Abgeordneter
Dallmeyer
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, ob die erklärte Absicht des Europäischen Parlaments, am 21. März 1982 einen weltweiten Gedenktag für Afghanistan zu begehen, auch weiterhin aufrechterhalten wird, und wenn ja, in welcher Form gedenkt der Bundeskanzler sich an diesem Gedenktag — gemäß der gemeinsamen Erklärung mit dem amerikanischen Präsidenten Reagan vom 5. Januar 1982 — zu beteiligen?
76. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Weshalb hat die Bundesregierung ihre Haltung zu dem mit der Sowjetunion abgeschlossenen Gasröhrengeschäft nicht von Anfang an in einen politischen Zusammenhang mit der Verbesserung der menschenrechtlichen Situation der Deutschen in der Sowjetunion gebracht, um beim Besuch des Generalsekretärs Breschnew in Bonn auch in diesem Bereich zu einer konkreten Vereinbarung zur bilateralen Verwirklichung der KSZE-Schlußakte von Helsinki zu gelangen, und welche Möglichkeiten politischer Einwirkung zur Erreichung dieses Ziels sieht die Bundesregierung jetzt noch, nachdem diese Chance nicht genutzt worden ist?
77. Abgeordneter
Tillmann
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung nach einer Informationspflicht des Reiseveranstalters über die Zustände in bestimmten ausländischen Zielgebieten deutscher Touristen im Hinblick auf die Gefahr von Kriminalität und Gewalttätigkeiten, und ist sie gegebenenfalls bereit, Reiseveranstalter über das Auswärtige Amt die erforderlichen Auskünfte zu geben?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

78. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, einen Gesetzentwurf einzubringen, um eine bundeseinheitliche Regelung über die Behandlung von Beeinträchtigungen der menschlichen Gesundheit, der Landwirtschaft, der Pflanzen- und Tierwelt durch Schwermetalle wie Blei und Cadmium herbeizuführen?

79. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, ein Bundesgesetz zu schaffen, das die Bildung eines Entschädigungsfonds zur Abgeltung von durch Schwermetalle entstandenen Schäden regelt, und wäre der Bund bereit, aus dem Bundeshaushalt Mittel für diesen Entschädigungsfonds teilweise oder auch ganz zur Verfügung zu stellen?
80. Abgeordneter
Brunner
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen der Absatz landwirtschaftlicher Produkte infolge von Rufschäden im Bereich kerntechnischer Anlagen nicht mehr gewährleistet ist?
81. Abgeordneter
Brunner
(CDU/CSU)
- Ist durch Rechtsvorschrift des Bundes gewährleistet, daß die betroffenen Landwirte voll entschädigt werden, falls, wie in Frage 80 beschrieben, derartige Schäden eintreten sollten?
82. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU)
- Ist eine Lösung für die Entsalzung der Werra nach Informationen der Bundesregierung „zum Greifen nahe“, wie die niedersächsische SPD-Wahlkampfzeitung „Zeitung am Sonntag“ in ihrer Ausgabe vom 28. Februar 1982 unter Berufung auf ein Gespräch mit dem Ständigen Vertreter Bonns in Ost-Berlin, Staatssekretär Bölling, behauptet?
83. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung im Rahmen ihres integrierten Entsorgungskonzepts der oberirdischen, längerfristigen Zwischenlagerung von verglastem, hochaktivem Abfall zu, und hat sie sich schon Anfang der 70er Jahre hierfür ausgesprochen?
84. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang wird die Aufnahmekapazität eines Endlagers für hochaktiven Abfall durch eine längerfristige, oberirdische Zwischenlagerung des hochaktiven Abfalls beeinflußt, und welche Folgen ergeben sich hieraus für das Endlagerkonzept der Bundesregierung?
85. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die von der Deutschen Gesellschaft für die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen in einer Pressemitteilung am 9. Februar 1982 vertretene Auffassung, daß hochradioaktiver Abfall nach einer Lagerzeit von 50 Jahren als mittelradioaktiver Abfall einzustufen ist und deshalb dann in ein Endlager, das für mittelradioaktive, nicht jedoch für hochradioaktive Abfälle geeignet ist, einzulagern ist?
86. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- Gibt es in der Bundesregierung Überlegungen, den Plänen in Großbritannien entsprechend hochradioaktive Abfälle 50 Jahre oberirdisch zu lagern, um sie dann als mittelradioaktiven Abfall in ein Endlager zu verbringen?
87. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU)
- Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um den im Konkurs befindlichen Institut DATUM e. V., dessen maßgebliches Vereinsmitglied der Bund ist, die eingestellten Haushaltsmittel zuzuführen, um damit eine ordnungsgemäße Konkursabwicklung zu ermöglichen?

88. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU) Wie gedenkt die Bundesregierung, die ihr nach der Satzung des Vereins zukommende Verantwortung gegenüber den Hauptgeschädigten des Konkurses, den 42 arbeitslos gewordenen Angestellten des Vereins, hinsichtlich der ausstehenden Gehalts- und Sozialplanansprüche gerecht zu werden?
89. Abgeordneter
Dr. Bugl
(CDU/CSU) Was hat das Bundesinnenministerium veranlaßt, in der Weisung vom 12. Februar 1982 für den Bau der Kernkraftwerke Biblis C, Isar 2 und Emsland an die Landesbehörden entgegen der bisherigen Praxis eine neue Auslegung des § 28 Abs. 3 der Strahlenschutzverordnung zur Anwendung zu bringen und damit den Bau dieser Kernkraftwerke zu erschweren?
90. Abgeordneter
Dr. Bugl
(CDU/CSU) Welche wirtschaftspolitische Bedeutung mißt die Bundesregierung dem Bau der Kernkraftwerke Biblis C, Isar 2 und Emsland zu, und welche Auswirkungen haben die Verzögerungen bedingt durch die Weisung des Bundesinnenministeriums vom 12. Februar 1982 auf Energieversorgung und Beschäftigung?
91. Abgeordneter
Werner
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Erkenntnisse bestätigen, daß die DKP monatlich ca. 5 Millionen DM aus der DDR erhält?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

92. Abgeordneter
Vogt
(Düren)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß nach dem vereinbarten Beschäftigungsprogramm der Bundesregierung, das Bundeskanzler Schmidt am 3. Februar 1982 der Presse vorgestellt hat, auch der Ausbau des Kernkraftwerks Biblis und der Ausbau der Startbahn West des Frankfurter Flughafens mit einer zehnprozentigen Investitionszulage gefördert werden?
93. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU) Wann wird die Bundesregierung den Entwurf des Bundeshaushalts 1983 und die neue mittelfristige Finanzplanung beschließen?
94. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU) Wird sie dies so rechtzeitig und diesmal abschließend vor der Sommerpause 1982 tun, daß sie gemäß dem Gesetz den Entwurf des Bundeshaushalts 1983 spätestens in der ersten Sitzungswoche im September 1982 beim Bundestag einbringen kann?
95. Abgeordneter
Dr. von Wartenberg
(CDU/CSU) Mit welchen vorübergehenden Steuermindereinnahmen rechnet die Bundesregierung für den Fall, daß sie die Wertgrenze für sofort abschreibungsfähige Wirtschaftsgüter von z.Z. 800 DM auf 1 500 DM erhöht, und für wie hoch schätzt sie langfristig die durch diese Maßnahme bewirkten Steuermehreinnahmen auf Grund einer eventuellen Steigerung der Investitionsnachfrage?
96. Abgeordneter
Dr. George
(CDU/CSU) Ist es richtig, daß der Beitragszuschuß zur Rentnerkrankensversicherung, der ab 1. Januar 1983 von den Rentenversicherungsträgern an die Rentner gezahlt werden soll, steuerlich als „wiederkehrende Bezüge“ voll steuerpflichtig ist?

97. Abgeordneter
Dr. George
(CDU/CSU) Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Zahl der Rentner, die durch den Beitragszuschuß zur Rentnerkrankenversicherung, der kein Bestandteil der Rente ist, steuerpflichtig werden und in Zukunft eine Steuererklärung abgeben müssen, und wie hoch beziffert die Bundesregierung das hierdurch erzielte Steuermehraufkommen?
98. Abgeordneter
Schmidt
(München)
(SPD) Ist es zutreffend, daß Finanzämter in der Bundesrepublik Deutschland Vermieter dazu anhalten, von den Mietern aus steuerlichen Gründen mindestens die ortsübliche Vergleichsmiete zu verlangen?
99. Abgeordneter
Schmidt
(München)
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß diese vom Staat ausgehende Preistreiberei unsinnig ist, und ist sie bereit, die Finanzämter zu einer Änderung ihrer diesbezüglichen Praxis zu veranlassen?
100. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU) Ist es richtig, daß die Bundesregierung an ihrer ursprünglichen Absicht festhalten will, im Jahr 1983 eine Karl-Marx-Münze herauszubringen?
101. Abgeordneter
Jung
(Lörrach)
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung dieses Vorhaben für richtig angesichts der Tatsache, daß die Mehrheit unseres Volks die Lehre von Karl Marx, die Grundlage der heutigen Spaltung der Welt in Ost und West ist, ablehnt?
102. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Was versteht die Bundesregierung im Sinne des Beschäftigungsförderungsgesetzentwurfs unter baureifen Grundstücken, und was ist nach öffentlich-rechtlichen Vorschriften sofort bebaubar?
103. Abgeordneter
Dr. Hackel
(CDU/CSU) Gegen wie viele Angehörige der Bundesfinanzverwaltung sind in den letzten zehn Jahren staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren wegen Vorteilsannahme bzw. Bestechlichkeit durchgeführt worden, und in wieviel Fällen ist dabei vom Dienstherrn von einer Suspendierung vom Dienst der bis zur Verurteilung als unschuldig geltenden Bediensteten abgesehen worden?
104. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Wie hoch ist der Prozentsatz der Neuverschuldung der öffentlichen Hand in der Bundesrepublik Deutschland und in den USA, bezogen auf die Gesamtsumme aller Ausgaben der öffentlichen Hand und auf das jeweilige Bruttosozialprodukt im laufenden und im bevorstehenden Haushaltsjahr?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

105. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Besteht im Bereich der „kritischen Technologie“ im Ost/West-Handel noch immer der Unterschied zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland darin, daß die Exportverbote der USA sich auf eine Liste sicherheitsempfindlicher Technologien, die deutschen aber auf eine beschränkte Zahl speziell definierter Produkte beziehen, und ist in absehbarer Zeit mit der Veröffentlichung einer neuen Liste „kritischer Technologien“ vom Koordinierungsausschuß für Ost/West-Handel zu rechnen?

106. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Galt die Einigung zwischen den USA und den verbündeten europäischen Staaten über einen Eventualplan für Restriktionen im Ost/West-Handel bei einer Intervention der Sowjetunion im polnischen Machtbereich (Europaarchiv vom 25. Februar 1982, S. 101) nur für den Fall der Gewaltanwendung oder auch für den Fall der Gewaltandrohung?
107. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Wie haben sich die Inlandpreise für Stickstoffdüngemittel in den ersten Monaten des Jahrs 1982 entwickelt, und welche Preise erhält die Stickstoffindustrie beim Export von Stickstoffdüngemitteln in Länder der EG, die ja dann direkt bei Agrarprodukten mit den Landwirten der Bundesrepublik Deutschland konkurrieren?
108. Abgeordneter
Werner
(CDU/CSU) Treffen Meldungen zu, daß im Rahmen der staatlichen Ausfuhrbürgschaften „Ausfallgarantien für den Bau von 40 Luftschutzbunkern durch deutsche Firmen in der irakischen Hauptstadt in Höhe von mehr als einer Milliarde DM übernommen worden“ sind (Welt 4. März 1982)?
109. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, ob Portugal mit Exportförderungs- oder sonstigen Maßnahmen Ausfuhren der portugiesischen Granitsteinindustrie begünstigt, oder ob die portugiesischen Granitsteinexporteure mit Dumpingpreisen arbeiten mit der Folge eines für die deutsche Granitsteinindustrie ruinösen Preiswettbewerbs, und was hat die Bundesregierung selbst gegenüber der portugiesischen Regierung bzw. bei der EG-Kommission unternommen, gegebenenfalls Verstöße gegen die Vereinbarungen über den Warenverkehr zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Portugal zu unterbinden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

110. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, ob die tatsächliche Anwendung von Herbiziden, Fungiziden und Pestiziden den von den Herstellern empfohlenen Dosierungen entspricht?
111. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, die technische Überwachung der Geräte zur Ausbringung von Pestiziden, Fungiziden und Herbiziden neu zu regeln?
112. Abgeordneter
Dörflinger
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß auf Grund der drastischen Kürzungen der Finanzmittel zur Förderung der Flurbereinigung dem Land Baden-Württemberg allein für die Abwicklung der laufenden Verfahren der Flurbereinigung bis 1984 etwa 60 bis 70 Millionen DM, die durch eigene Landesmittel nicht ersetzt werden können, fehlen werden, und was gedenkt die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß die Fortführung der Flurbereinigung für große Teile der baden-württembergischen Landwirtschaft eine Überlebensfrage darstellt, in dieser Frage zu unternehmen?

- | | |
|--|--|
| 113. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung in umweltpolitischer und in rechtlicher Hinsicht die Abholzungen in dem nördlich des Kaiserstuhls gelegenen Naturschutzgebiet Taubergießen durch die französischen Eigentümer? |
| 114. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) | Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um eine neuerliche direkte Einkommensübertragung an Landwirte in Frankreich zu verhindern, die dadurch erfolgt, daß auf noch ausstehende Zahlungsverpflichtungen der Preisausgleichskasse für Schweine gegenüber dem nationalen Agrarfond – FORMA – verzichtet wird? |
| 115. Abgeordneter
Börnsen
(SPD) | Ist es richtig, daß Landwirte auch Tieren, die zur Gewinnung von Lebensmitteln dienen, Antibiotika selbst verabreichen dürfen, und wie ist gegebenenfalls gewährleistet, daß die vorgeschriebenen Wartezeiten bis zur Schlachtung bzw. zur Abgabe von Milch und Eiern als Lebensmittel eingehalten werden? |
| 116. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) | Wieviel landwirtschaftliche Betriebe werden nach Schätzungen der Bundesregierung aus wirtschaftlichen Gründen in den nächsten fünf Jahren aufgegeben, und wie viele derzeit noch in der Landwirtschaft Beschäftigte werden im gleichen Zeitraum einen Berufswechsel vornehmen müssen, weil ihnen dieser Wirtschaftszweig keine Existenz mehr bietet? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

- | | |
|--|--|
| 117. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) | In wieviel Fällen hat die „DDR“ seit Mitte 1981 bundesdeutschen Stellen, insbesondere der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin erlaubt, mit in der „DDR“ verhafteten Bundesbürgern Gesprächskontakte aufzunehmen, und wie lange dauerte es im Durchschnitt, bis dem Antrag von Seiten der „DDR“ stattgegeben wurde? |
| 118. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) | Sieht die Bundesregierung den qualitativen Unterschied zwischen einem Gesprächskontakt, der von bundesdeutschen Stellen mit in der „DDR“ verhafteten Bundesbürgern aufgenommen wird und Gesprächen, die von „DDR“-Behörden mit aus der „DDR“ in die Bundesrepublik Deutschland geflohenen Bürgern begehrt werden? |
| 119. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) | Ist nach Auffassung der Bundesregierung das Verhalten des Staatssicherheitsdienstes der DDR gegenüber unserer Ständigen Vertretung in Ost-Berlin, der die Ständige Vertretung beobachtet, belauscht und einer „totalen Observation“ unterzieht (Bericht im „Spiegel“ vom 1. März 1982, S. 36 ff.), mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen der DDR aus dem Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen vom 18. April 1961, das zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR analog gilt, vereinbar, und was unternimmt die Bundesregierung andernfalls, um die DDR zu einem vertragskonformen Verhalten zu veranlassen? |

120. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die zwischen Bundeskanzler Schmidt und dem Staatsratsvorsitzenden der DDR, Honecker, getroffenen Vereinbarungen über die Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten unserer Journalisten, wenn es, wie schon wiederholt, erneut dazu gekommen ist, daß Journalisten in der DDR, die an einer Evangelischen Synode in Ost-Berlin teilnehmen wollten, von der DDR-Regierung die Einreise verweigert wurde?
121. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, nach den bisher erfolglosen Protesten nunmehr aktiv für die Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten unserer Journalisten in der DDR einzutreten und neue Vereinbarungen mit der DDR-Regierung erst dann abzuschließen (z. B. über die Verlängerung des Swings), wenn diese ihre vertraglichen Verpflichtungen, wie im Fall der Arbeitsmöglichkeiten für unsere Journalisten in der DDR, auch tatsächlich erfüllt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

122. Abgeordneter
Schlatter
(SPD)
- Treffen Berichte zu, daß die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (G. T. Z.) im Auftrag der Bundesregierung bei der Bekämpfung der Tsetsefliege in Kamerun das in der Bundesrepublik Deutschland verbotene Gift „Dieldrin“ verwendet und das ebenfalls extrem fischgiftige „Endosulfan“ einsetzt?
123. Abgeordneter
Schlatter
(SPD)
- Wie stellt sich die Bundesregierung gegebenenfalls zu dem Sachverhalt, daß in einem Entwicklungsland in ihrem Auftrag Mittel eingesetzt werden, die zu einer Vergiftung der Umwelt führen, deren Folgen heute noch nicht voll überblickt werden können?
124. Abgeordneter
Dr. Warnke
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit herausgegebenen „Kinderfibel – ein Bilderbuch zum Mitdenken“ wahrheitswidrig behauptet wird, die Kakaopreise würden einseitig von den Abnehmerländern festgesetzt (Seite 24: „... ausgerechnet die, die die Schokolade nur aufessen ...“)?
125. Abgeordneter
Dr. Warnke
(CDU/CSU)
- Stimmt die Bundesregierung der in der Fibel vertretenen Auffassung „Wo der Kakao wächst, sollte auch die Schokolade gemacht werden“ zu?

Bonn, den 5. März 1982

